

PRESSEDIENST

14.09.2022

Neue Befragungsergebnisse

Immer mehr Menschen wollen Konsum wegen teurer Energie einschränken – Effekte bisheriger Entlastungspolitik unterschätzt

Immer mehr Menschen in Deutschland empfinden die hohen Energiepreise als erhebliche oder sogar sehr schwere finanzielle Belastung. Das gilt insbesondere für Verbraucherinnen und Verbraucher, die Gas beziehen: Fast zwei Drittel von ihnen bezeichnen die Kosten dafür mittlerweile als „eher schwere“ oder „sehr schwere“ finanzielle Belastung, und dieser Anteil ist in den vergangenen Monaten auch besonders stark gestiegen. Unter Haushalten, die mit Öl heizen, liegt die entsprechende Quote aktuell bei knapp 50 Prozent, im Fall von Fernwärme bei knapp 40 Prozent. Die Stromkosten empfinden etwas mehr als 40 Prozent der Menschen in Deutschland als eher schwere oder sehr schwere Belastung (siehe auch Abbildung 1 im Anhang). Das ergibt eine neue Studie auf Basis der repräsentativen Energiepreisbefragung, für die das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung im August rund 2200 Personen zwischen 18 und 75 Jahren hat befragen lassen.*

Als Folge davon erreichen die Anteile der Menschen, die wegen der hohen Preise weniger Energie verbrauchen wollen und sich zudem genötigt sehen, auch bei anderen Konsumausgaben zurückzustecken, neue Höchststände, zeigt der Vergleich mit einer vorherigen Befragungswelle im Mai. Am häufigsten verzichten müssen Menschen mit niedrigen Einkommen, doch im Verlauf der vergangenen Monate ist gerade auch der Anteil der Menschen mit mittleren Einkommen gestiegen, die sich beim Konsum einschränken wollen. Gleichzeitig werden positive Effekte der Entlastungspakete I und II auf die persönliche finanzielle Situation vielfach nur unvollständig wahrgenommen. So wird die reale Entlastungswirkung in diesem Jahr je nach Haushaltstyp um ein Drittel bei Singles ohne Kinder und bis zu knapp zwei Dritteln bei Familien mit zwei Kindern und zwei Erwerbstätigen unterschätzt (siehe Abbildung 2). Ein Grund dürfte sein, dass diese Entlastungspakete sehr kleinteilig konstruiert waren, vermuten Prof. Dr. Sebastian Dullien, Dr. Jan Behringer und Dr. Silke Tober, die die Studie erstellt haben. Sie warnen davor, diesen Fehler beim angekündigten Entlastungspaket III zu wiederholen. Energiepreisdeckel bei Strom und Gas könnten dagegen sowohl die Geldbörsen als auch das Bewusstsein der Verbraucherinnen und Verbraucher erreichen.

Trotz der geringen Wertschätzung in der Bevölkerung dürften die Entlastungspakete I und II aber geholfen haben, die Konsumnachfrage bislang zu stabilisieren. Der Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket haben in den Monaten Juni bis August die Inflation gesenkt und die Kaufkraft

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor IMK
Telefon +49 211 7778-331
sebastian-dullien@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

IMK – Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf

presse@boeckler.de
www.boeckler.de
www.imk-boeckler.de

gestützt. Auffällig ist etwa, dass seit Inkrafttreten des Tankrabatts die wahrgenommene Belastung durch hohe Benzinpreise spürbar abgenommen hatte: Gegen den Trend aller anderen Energieträger ging zwischen Mai und August der Anteil der Befragten, die sich davon eher oder sehr belastet sehen, von 45 auf 39 Prozent zurück. Auch hätten die Direktzahlungen die verfügbaren Einkommen – und damit den Privatkonsum – gestützt, so die Forschenden um IMK-Direktor Dullien. Zumindest die Auszahlung des Kinderbonus sei von den Befragten klar wahrgenommen worden.

– **Mindestens 60 Prozent wollen bei Bekleidung,
Haushaltsgegenständen oder Gastronomie kürzertreten –**

„Gleichzeitig deuten die Umfrageergebnisse auf die Gefahr eines spürbaren Konsumrückgangs über die kommenden Monate hin, wenn die Endpreise für Gas und Elektrizität absehbar spürbar weiter steigen werden“, warnen die Forschenden. Berechnungen des IMK kommen zu dem Ergebnis, dass die deutsche Volkswirtschaft 2023 insgesamt um mehr als 200 Milliarden Euro belastet werden dürfte, die im Zuge der Energiepreisexplosion ins Ausland abfließen. Als Reaktion auf drohende erhebliche Kaufkraftverluste planen beträchtliche Teile der Bevölkerung laut der Studie, in den kommenden Monaten ihren Konsum nicht nur bei Haushaltsenergie (gut 60 bis rund 70 Prozent der Befragten, je nach Energieart) und Kraftstoffen (knapp 50 Prozent) etwas oder sogar bedeutend einzuschränken, sondern auch bei anderen Gütern und Dienstleistungen. Der wahrgenommene Spardruck reicht dabei bis weit in die Mittelschicht hinein. Das gilt insbesondere mit Blick auf Gaststätten- und Restaurantbesuche, wo insgesamt 64 Prozent aller Befragten etwas oder erheblich kürzertreten wollen. Zudem bei Innenausstattung, Haushaltsgeräten und -gegenständen (63 Prozent), sowie Bekleidung und Schuhen (61 Prozent; siehe auch die Abbildungen 3, 4 und 5). Deutlich geringer ist zwar der Anteil derer, die von Spardruck bei Nahrungsmitteln, Getränken oder Genussmitteln sprechen. Doch auch hier sehen sich 29 Prozent aller Befragten betroffen, unter Menschen mit niedrigeren Haushaltseinkommen unter 2000 Euro netto monatlich sind es fast 35 Prozent.

Ein Grund dürfte sein, dass die Entlastungspakete I und II nicht groß genug sind, um auch die nun anstehenden Belastungen der Haushalte abzudecken. Zwar hatte das IMK im Juni errechnet, dass für viele Haushaltstypen das Entlastungspaket einen spürbaren Anteil der Zusatzbelastungen ausgleicht, die 2022 aus hohen Energie- und Nahrungsmittelpreisen resultieren. Allerdings haben sich seitdem die Inflationsaussichten noch einmal deutlich eingetrübt, unter anderem, weil sich der Preis für Erdgas im Großhandel erneut mehr als verdoppelt hat. Außerdem bezogen sich die Berechnungen lediglich auf das Jahr 2022. „Die Energiepreise werden aber ins Jahr 2023 hinein hoch bleiben, und die daraus resultierende Zusatzbelastung ist noch nicht durch fiskalische Maßnahmen abgedeckt und wird gesamtwirtschaftlich absehbar auch nicht durch Einkommenszuwächse ausgeglichen. Bleibt das so, droht eine konsumgetriebene Rezession“, sagt IMK-Direktor Dullien.

Das jüngst angekündigte Entlastungspaket III könnte diese Lücke zumindest zum Teil schließen, konstatieren die Fachleute des IMK. Allerdings seien viele Elemente des Vorhabens bisher noch nicht quantifiziert bzw. noch nicht quantifizierbar. So gibt es noch keine Details zur Umsetzung der angekündigten Strompreisbremse. Für den Gasmarkt ist bislang nur die Einsetzung einer Kommission versprochen, die eine Umsetzung eines Gaspreisdeckels für den Grundverbrauch prüfen soll.

Dabei könnten gerade solche Maßnahmen entscheidend für eine Stabilisierungspolitik sein, die sowohl in den Portemonnaies als auch im Bewusstsein der Bevölkerung ankommt, schließen die Forschenden aus den Befragungsergebnissen. „Die hohe gefühlte Belastung der Haushalte aus den steigenden Gaspreisen deutet darauf hin, dass gerade die effektive Begrenzung der Rechnungen für Haushaltsenergie und insbesondere von Erdgas zentral für den Erfolg oder Misserfolg einer Konsumstabilisierung durch das neue Entlastungspaket sein könnten“, schreiben Behringer, Dullien und Tober. Auch deute die Unterschätzung der Entlastung aus den Entlastungspaketen I und II darauf hin, dass für die Sichtbarkeit der Maßnahmen und ihre vertrauensstützende Wirkung eine Kleinteiligkeit eher ungünstig ist. Das Entlastungspaket III enthalte nun aber wieder eine Reihe teilweise recht kleiner Maßnahmen. „Die zügige Einführung eines – durchaus großvolumigen – Gaspreisdeckels für den Grundverbrauch könnte hier einen sichtbaren Gegenpol setzen“, empfiehlt daher das IMK.

*Jan Behringer, Sebastian Dullien, Silke Tober: Menschen in Deutschland nehmen Entlastungspakete I und II nur begrenzt wahr. Ergebnisse aus der IMK-Energiepreisbefragung. IMK Policy Brief Nr. 131, September 2022. Download: https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008390

Hinweis an die Redaktionen: Die Daten zu allen Grafiken können Sie bei der Pressestelle als Excel-Datei anfordern unter: presse@boeckler.de

Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor IMK
Tel.: 0211-7778-331
E-Mail: Sebastian-Dullien@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Tel.: 0211-7778-150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Sie erhalten unsere Pressemitteilungen und Presseeinladungen als Mitglied unseres Presseverteilers. Unsere Pressematerialien können Sie jederzeit abbestellen. Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an presse@boeckler.de.

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:

https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Abbildung 1 (Abbildung 1 in der Studie)

Abbildung 1: Finanzielle Belastung infolge steigender Energiepreise
Angaben in %

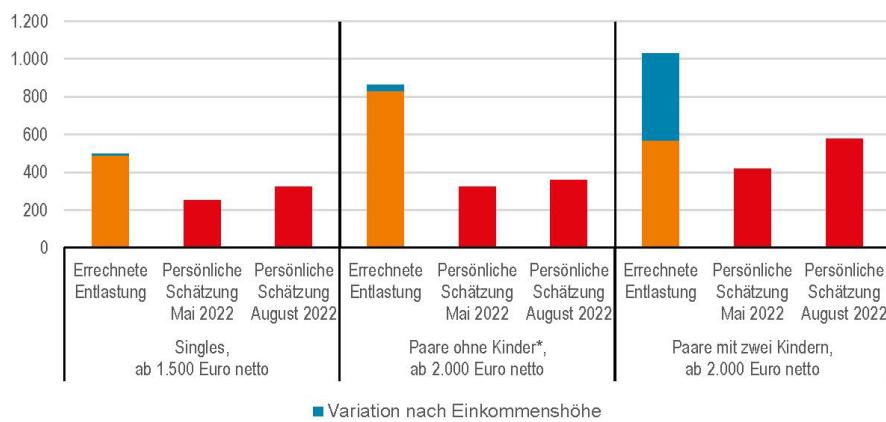


Quellen: Energiepreisbefragung des IMK; Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.



Abbildung 2 (Abbildung 2 in der Studie)

Abbildung 2: Tatsächliche und wahrgenommene Entlastung durch Entlastungspaket für das Gesamtjahr 2022
in Euro



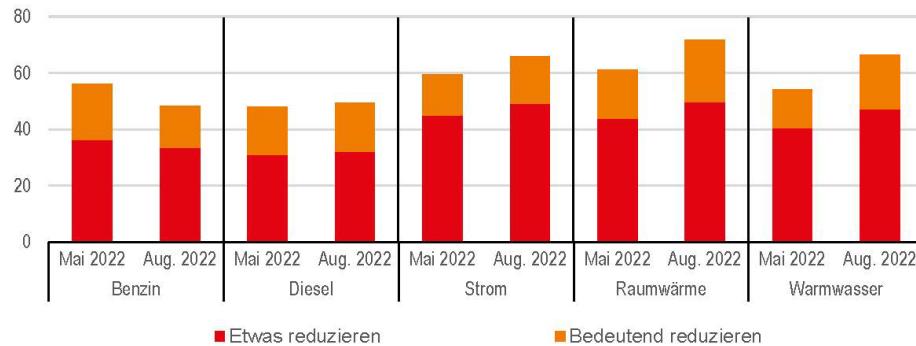
* Annahme: Beide Erwachsene erwerbstätig.

Quellen: Energiepreisbefragung des IMK; Dullien et al. (2022a); Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.



Abbildung 3 (Abbildung 4 in der Studie)

Abbildung 4: Geplante Änderungen im Energieverbrauch
Angaben in %

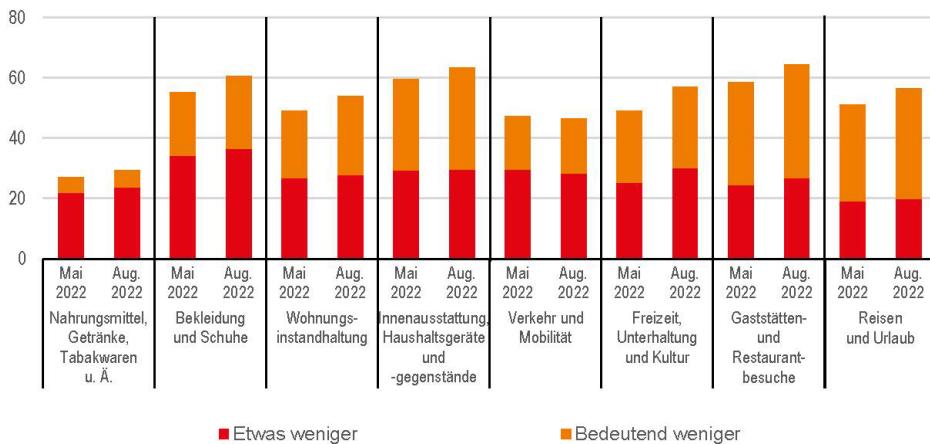


Quellen: Energiepreisbefragung des IMK; Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.



Abbildung 4 (Abbildung 6 in der Studie)

Abbildung 6: Geplante Änderungen im Konsumverhalten
Angaben in %

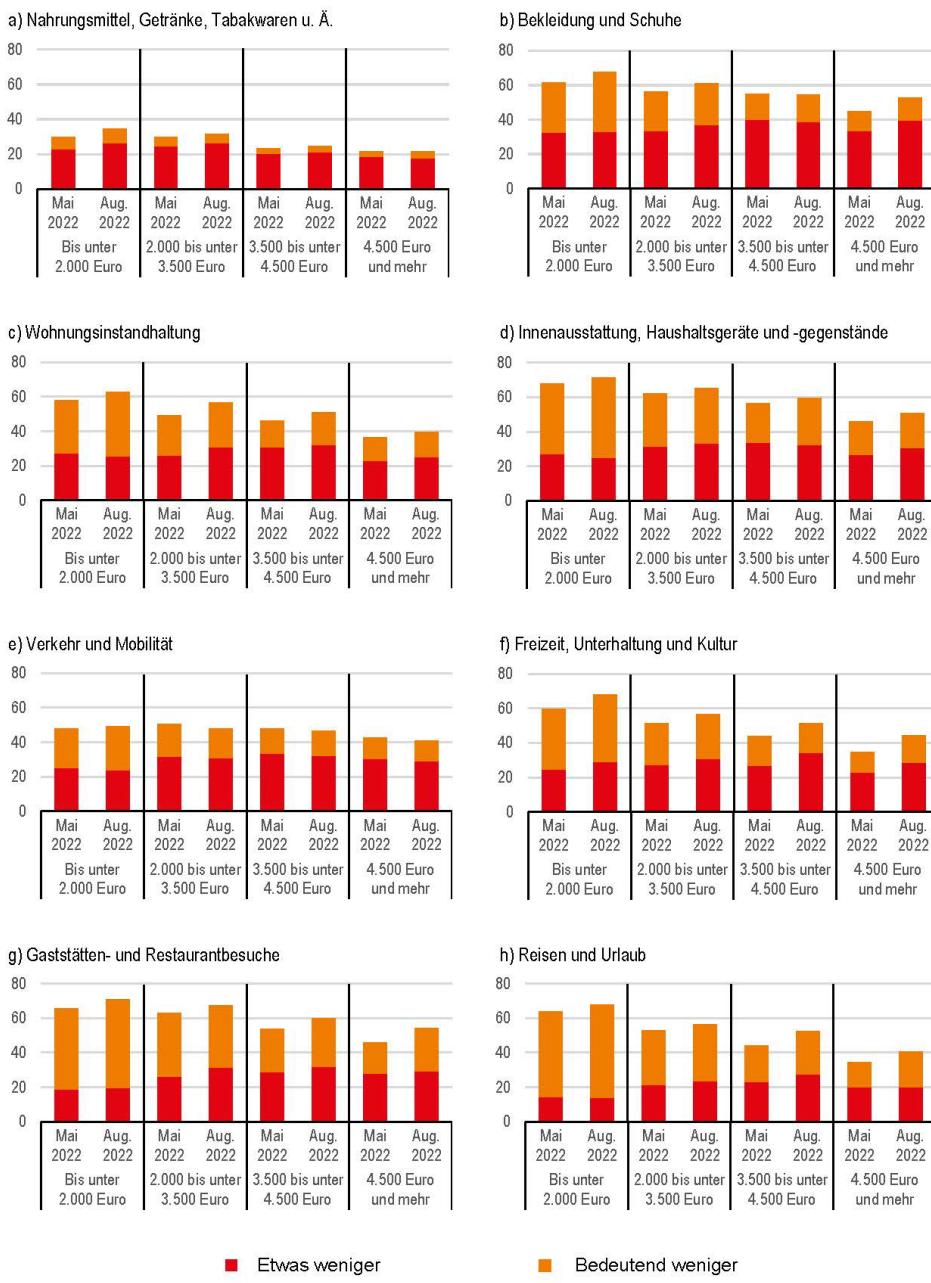


Quellen: Energiepreisbefragung des IMK; Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.



Abbildung 5 (Abbildung 7 in der Studie)

Abbildung 7: Geplante Änderungen im Konsumverhalten nach Einkommensgruppen
Angaben in %



Quellen: Energiepreisbefragung des IMK; Berechnungen des IMK; gewichtete Werte.